

GENERALREDEN

GR Mag. Frölich (ÖVP) 10.32 – 10.54 Uhr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitglieder des Stadtsenates, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Gemeinderat und werte Zuhörerinnen und Zuhörer, wo immer Sie sind. Es ist also an mir, den Reigen der Generalredner der hier im Gemeinderat hier vertretenen Fraktionen zum Budget 2021 und zum Nachtragsbudget 2020 zu eröffnen.

Wir haben gerade von unserem Schlechtwettersegler, Finanzstadtrat Riegler, die beeindruckenden Zahlen, das Zahlenwerk, präsentiert bekommen und ich habe jetzt nicht vor, in den nächsten Minuten die Zahlen für Sie zu wiederholen, sondern ich möchte Ihnen die Entwicklung dieser Zahlen, aber auch die Wirkung dieser Zahlen ein wenig erläutern bzw. sie aus meiner Sicht beleuchten. Ich bin ja schon, wie viele von Ihnen, einige von Ihnen, ich schaue da jetzt hinein, etwas länger hier dabei und habe schon die Ehre gehabt, im Jahre 2005, 2007, 2009 und 2013 an dieser Stelle, also damals nicht an dieser Stelle, sondern im ehrwürdigen Gemeinderatssaal im Rathaus natürlich, zu den damaligen Budgetentwürfen, zu den vorgelegten Voranschlägen meine Gedanken kundgeben zu dürfen und für unseren Klub dazu zu sprechen. Warum sage ich das? Weil ich aus meiner langjährigen Erfahrung, aber auch vor dem Hintergrund der Gesamtsituation, die heute noch oft erwähnt werden wird, der festen Überzeugung bin, dass es noch nie so schwierig war in diesen vielen Jahren, die nächsten 12 Monate budgetär vorherzusagen. Dass es noch nie so schwierig war, budgetäre Entwicklungen für Städte, für Gemeinden zu prognostizieren. Viel zu vieles, viel zu viele Parameter sind einfach nicht beeinflussbar, Auswirkungen nicht kalkulierbar. Die Welt, Europa, unsere Republik Österreich, das Land Steiermark und natürlich viele, viele Gemeinden stehen vor vielen, vielen offenen Fragen. Das hat auch der Herr Finanzstadtrat in seinen Ausführungen ja schon erwähnt. Und deswegen möchte ich am Anfang meiner Ausführungen einen Blick in den Rückspiegel machen, und 2005 ich habe es erwähnt, noch einmal hervorkramen. Ich habe von damals einen

Satz in meiner damaligen Budgetrede entdeckt und dort voller Stolz die Tatsache erwähnt, dass die Stadt Graz Kommunalsteuereinnahmen in der Höhe von über 75 Mio. Euro lukrieren konnte. Wir haben die 75-Millionen-Euro-Grenze bei Einnahmen aus Kommunalsteuern überschritten. Wir haben uns damals vorgenommen, wir haben darüber gesprochen und nachgedacht, es wäre schön, in den kommenden zehn, 12 oder vielleicht auch 15 Jahren diesen Wert zu verdoppeln, weil einfach die Kommunalsteuer ein ganz, ganz starker Parameter für die Entwicklung einer Stadt ist. Und tatsächlich, wir haben es gehört, es ist gezeigt worden, es waren für 2020 149 Millionen an Kommunalsteuereinnahmen prognostiziert. Die besonderen Umstände haben daraus jetzt 133, voraussichtlich 133 Millionen, ist noch nicht ganz sicher, gemacht. Aber doch eine Steigerung in diesen 15 Jahren, die ein starkes Symbol für die Entwicklung und ein starkes Symbol für den Weg, den unsere Stadt in den letzten Jahren genommen hat, ist (*allgem. Appl.*).

Die Herausforderungen sind groß und ich bin mehr denn je der festen Überzeugung, dass wir mit dieser Erfahrung und mit dem Einsatz der letzten Jahre, aber auch ganz besonders mit einer konstruktiven Zusammenarbeit aller Kräfte auch diese Herausforderungen für die Stadt werden meistern können. Um das zu meistern, hat uns Josef Riegler, ehemals Vizekanzler der Republik und Noch-Präsident des ökosozialen Forums, ein starkes Werkzeug in die Hand gegeben: die Idee der ökosozialen Marktwirtschaft. Und dieses Budget und dieser Voranschlag, der hier vorliegt, trägt eine ökosoziale Handschrift, ist ein ökosoziales Investitionsbudget. In diesem Sinne braucht es beste Bildung und Weiterbildung. Es braucht Forschung und Innovation und es braucht leistungsfreundliche Steuer- und Abgabenmodelle. Das Ziel, das man sich hier vor Augen halten muss, ist ein hohes Niveau an Lebensqualität, getragen von einer fairen Mittelaufbringung, die niemanden überfordert, aber auch niemanden aus der Verantwortung für das Gemeinwohl entlässt (*allgem. Appl.*).

Hier ist die Bildung angesprochen. Bildung ist teuer, Bildung kostet viel Geld, aber es gibt etwas, was auf Dauer noch teurer ist als Bildung, und das ist keine Bildung. Ich rufe die Zahlen, die teilweise genannt wurden, noch einmal in Erinnerung. 114 Mio. Euro hat die Stadt 2017 und wird die Stadt noch bis 2021 für Schulbauten ausgeben,

114 Mio. Euro. Insgesamt flossen und fließen in diesen Zeitraum 670 Mio. Euro in den gesamten Bildungsbereich (*allgem. Appl.*).

Diese Investitionen im Verantwortungsbereich vom Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner tragen wesentlich dazu bei, unsere Stadt als Bildungsstandort zu sichern und aber auch weiter zu entwickeln. Denken wir hier bitte auch an die 60.000 Studierenden, die das Bild unserer Stadt prägen oder auch an Graz als doch größten Fachhochschulstandort Österreichs. Dieses Bildungsangebot ist auch ein wesentlicher Faktor für die Standortqualität der Stadt für die Wirtschaft. Wir wissen das aus der Studie über die Lebensqualitätsindikatoren, dort geht die Tatsache hervor, dass einerseits die Lebensqualität für die Menschen, aber auch die Standortqualität für die Wirtschaft uns dort bestätigt wird. Es gibt auch eine starke ökologische Seite der Investitionssummen der letzten Jahre und natürlich auch des kommenden Jahres. Klimaschutzmaßnahmen sind erwähnt worden, die Ziffern haben wir gelesen, Fernwärmeausbau, Radfahroffensive, Klimafonds, Feinstaub- Förderpakete seien erwähnt, aber auch die Schaffung urbaner Lebensräume, Stichwort Lebensraum Mur, Augartenbucht. Wir alle kennen die Bilder, die sonnigen Herbsttage, die Grazer Bevölkerung hat die Augartenbucht gestürmt und aber auch das damit im Zusammenhang stehende Ökopjekt Zentraler Speicherkanal. Damit ist die nachhaltige Sicherung der Wasserqualität unserer Mur und des Lebensraumes Mur auf viele Jahre gesichert worden (*allgem. Appl.*). Ja, die Grünen werden es in den nächsten Generationen erklären müssen, warum die Schaffung der Augartenbucht und des Lebensraumes Mur, warum der Bagger gebrannt hat und Unsummen für Baustellenbewachungen wegen Vandalenakte ausgegeben werden mussten. Auch das Funktionieren des öffentlichen Verkehrs ist ein wesentlicher Bestandteil der hohen Lebensqualität in dieser Stadt. 2017 bis 2021 wurden und werden beindruckende 700 Mio. Euro für den öffentlichen Verkehr aufgewendet. Darunter finden sich, wie schon teilweise auch erwähnt, Straßenbahnanbindungen, Reininghaus, Smart City, laufende Investitionen in Schieneninfrastrukturmaßnahmen, um hier keinen Investitionsrückstau zu erzeugen, Taktverstärkungen, eine ganz wesentliche Frage, bis hier zur Beschaffung von rollendem Material, Straßenbahnen, Busse im Wert von über 80 Mio. Euro wird hier

investiert. Ja, meine Damen und Herren, rund um die heute präsentierten Budgetzahlen, aber auch als Rückblick auf 17 bis 20 ist es mir wichtig, noch einmal Ihre Aufmerksamkeit auf die doch bemerkenswerte Tatsache zu lenken, dass Graz ein Drittel dieser Investitionen aus eigener Kraft gestemmt hat. Ein Drittel der Investitionen konnte selbst gestemmt werden und dafür sind keine weiteren Schulden gemacht worden (*allgem. Appl.*). In der Agenda 2022 dieser Koalition wurden ja die wichtigsten Investitionsbereiche festgeschrieben. Sie gehen ja auch aus den Zahlen hervor: Umwelt, Nachhaltigkeit, öffentlicher Verkehr, natürlich leistbares Wohnen, eine große Herausforderung, aber natürlich auch Bildung, Sport, Kunst und Kultur. Ich blende noch einmal gerne in das Jahr 2006 zurück. Es gab damals ein Buch, viele von Ihnen werden sich erinnern, das unsere Aufmerksamkeit auch hier im Gemeinderat bekommen hat: „Konzeptionen des Wünschenswerten. Was Städte über die Zukunft wissen sollten“, so der Untertitel. Dieses Buch hat damals versucht zu antizipieren, was Menschen 2017 wirklich berühren, beschäftigen könnte und das war der erste Schritt der damaligen neuen Eigentümer des Areals Reininghaus auf ihrer damaligen Suche nach Antworten, wie Grazerinnen und Grazer in Zukunft in diesem neu zu schaffenden Stadtteil leben, wohnen und arbeiten wollen. Und dieses Projekt war damals 2006 schon sehr, sehr spannend für die Stadtentwicklung, weil erkennbar war, dass das natürlich ein Projekt ist, das viele, viele Jahre in Anspruch nehmen wird und es war mit der großen Herausforderung verbunden, größtmögliche gemeinsame Zufriedenheit zu erreichen. Es gab damals natürlich schon viele, viele Kritiker, viele in der Politik, die irgendwo der Mut verlassen hat, ein derartiges langjähriges, mehrjähriges Projekt zu verfolgen. Wir als ÖVP haben immer daran geglaubt und daran gearbeitet und insbesondere einer hat dieses Projekt von Anfang an mit Herzblut begleitet und mit ruhiger Hand und aller Konsequenz die Entwicklungen des Reininghausareals als Leuchtturmprojekt für die Stadt beharrlich vorangetrieben. Damals, wie heute Bürgermeister dieser Stadt, das war damals schon Siegfried Nagl und heute ist er immer noch Reininghausfan (*allgem. Appl.*). Heute lebt Reininghaus als Stadtteil. Viele von Ihnen werden sicherlich oft dort durchmarschieren und sich das anschauen. Es wird sichtbar, es ist begreifbar geworden als ein ganz starkes Symbol für Bewegung, für

die Bewegungen in dieser Stadt, als starkes Symbol für die Entwicklung in dieser Stadt. Aber auch als starkes Symbol für die gute und umsichtige Zusammenarbeit aller mit der Planung befassten Verantwortlichen in Politik und Verwaltung und aller mit der Entwicklung befassten Verantwortlichen in Politik und Verwaltung. Aber um über viele Jahre Entwicklung zu denken und Entwicklung zu planen und diese Planung umzusetzen, dafür brauchen wir in der Politik Mut. Es braucht den Mut des Möglichmachens, den Mut der Möglichmacher. Es braucht den Mut der Hindernisabbauer, aber auch den Mut der Zweifelerstreuer. Es ist auch oft der Zweifel, der uns daran hindert, Dinge umzusetzen in der Politik. Diesen Mut hat meines Erachtens diese Koalition in ihrer Verantwortung in den letzten Jahren bewiesen, insbesondere auch in der Entwicklung neuen Lebensraumes in der Stadt und neuer lebenswerter Stadtteile (*allgem. Appl.*). Es sind ja, wie Sie wissen und wie man immer wieder auch sagt, nicht die Berge, über die man stolpert, es sind die Mühen des Alltags, des privaten, des beruflichen, des politischen Alltags, die Maulwurfshügel, über die Jahre mit Fleiß und Kreativität und mit Mut darüber kommt und die nur so gemeistert werden können und das ist dieser Koalition wirklich gut gelungen, um diese Stadt weiterzubringen und davon legt auch dieses Budget Zeugnis ab. Nicht umsonst sagte der renommierte Grazer Politikwissenschaftler Wolfgang Mantl einmal: „Eine Politik der Mitte und des Maßes ist kein Trampelpfad der Bequemlichkeit. Es erfordert Entschlossenheit und Ausdauer, erfordert Charakterfestigkeit und Lebensfreude, aber auch Kreativität und Beharrlichkeit.“ Mit diesen Eigenschaften hat dieses Koalition einerseits Graz auf einem guten Budgetpfad gehalten und mit der aufgezeigten antizyklischen Investitionspolitik weitere Impulse für die Wirtschaft und die Grazerinnen und Grazer in herausfordernden Zeiten gesetzt. Und damit wird diese Koalition auch im kommenden Jahr verhindern, dass Stadtsenatsmitglieder anderer Fraktionen, die Graz mit planwirtschaftlichen Retro-Umverteilungsideen und starren Ideologien vermutlich an die Wand fahren würden, Schaden anrichten können (*allgem. Appl.*). Ich habe jetzt über den Stadtsenat gesprochen, ich möchte die Sozialdemokratie nicht übergehen. Sie glaubt offenbar, dass Schnitzelgutscheine zu den Naturschönheiten dieses Landes gehörten oder ein richtiges Mittel sind, um die

Wirtschaft zu retten. Ich sage Ihnen, nicht umsonst beginnen sozialistische Märchen immer mit: „Es wird einmal“ und nicht mit: „Es war einmal“. Aber schon Qualtinger hat gesagt: „Fantasie ist etwas, was sich viele nicht vorstellen können.“ Es ist halt immer wieder der Versuch zu erkennen, Herausforderungen der Zukunft mit Instrumenten des vorherigen Jahrhunderts zu lösen. Davon werden wir heute noch in der Wortmeldung der SPÖ hören. Es gilt, meine Damen und Herren, unsere Stadt zukunftsfit zu machen und deshalb möchte ich ein Thema nicht außen vorlassen, das meines Erachtens ganz, ganz wichtig ist für die Wirtschaft, für die Bürger in dieser Stadt, für die Lebensqualität. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf ein wichtiges D-Wort lenken, nämlich die Digitalisierung. Die Digitalisierung ist eines der großen Zukunftsthemen und hier hat Graz und haben die dafür Verantwortlichen unter der Federführung der Präsidiabteilung rechtzeitig Großartiges geleistet. Es wurde viel investiert und umgesetzt und einerseits der Verwaltung und andererseits den Bürgerinnen und Bürgern gerade seit Beginn der Pandemie hier ein gutes Instrument in die Hand gegeben: Verwaltungsvereinfachung und Verwaltungsbeschleunigung als Benefit für die Bürger der Stadt ist das Ergebnis und auch die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes profitiert davon (*allgem. Appl.*). Die Digitalisierung ist eine Win-win-Situation, bringt Effizienzgewinn und Einsparungseffekte und noch nie dagewesene innovative kundenfreundliche Services. Ich möchte beispielhaft erwähnen, weil ich wieder bei der Bildung bin, die digitale Schule, ein Sonderinvestitionsprogramm, wo Grazer Pflichtschulen mit PC-Klassen ausgestattet wurden in der Ressortverantwortung von Kurt Hohensinner oder als zweites Beispiel der neue Themenserver „digitale Stadt Graz“, der wird im November produktiv gehen. Danke allen Verantwortlichen für diese wichtige Investition in die Zukunft (*allgem. Appl.*). Wir haben es gehört, die Stadt hat von Anfang an sehr rasch reagiert und es waren die ersten Maßnahmen, haben schon Millionen gekostet, die man getroffen hat, Entfall der Parkgebühren, Entfall der Gastgartengebühren, Sofortmaßnahmen für Wirtschaft, Kunst und Kultur und doch muss man sagen, dass diese Maßnahmen nicht jetzt der Zauberstaub sind, sondern das ist bestenfalls ein Medikament und bei Medikamenten weiß man ja, dass irgendwann auch Nebenwirkungen kommen

können. Umso schwerer ist es abzuschätzen und sind die Nachwirkungen dieser gesamten Maßnahmen vorauszusehen. Trotzdem ist Graz, davon bin ich fest überzeugt, auf einem guten, soliden Weg in die Zukunft und doch ist Graz kein Mikrokosmos. Das Münchner IFO Institut prognostiziert ein Schrumpfen der Weltwirtschaft um 4,4 %. Graz ist sehr stark eingebettet, der zentrale Wirtschaftsraum Graz ist Teil der steiermärkischen Wirtschaft und die ist sehr, sehr stark exportorientiert. Umso wichtiger sind alle Maßnahmen, die den fruchtbaren Boden, den Humus, wenn Sie so wollen, in Graz für die Wirtschaft und für den Wirtschaftsstandort sichern, gerade in Zeiten wie diesen: Investieren, investieren antizyklisch, wir haben es gehört. Weil, es ist die Wirtschaft, die Arbeitsplätze schafft, 200.000 Selbstständige in Graz zeugen davon, 18.000 Unternehmen, 1.000 Neugründungen, das ist ein lebendiges Zeugnis über eine lebendige Stadt. Meine Damen und Herren, unsere Aufgabe war es immer, seit vielen Jahren, mit einer Kultur des Maßhaltens und einer Kultur des Augenmaßes miteinander diese hohe Lebensqualität in Graz zu erhalten und diese Attraktivität des Wirtschaftsstandortes sicherzustellen (*allgem. Appl.*). Ich wünsche mir, abseits von verschiedenen gesellschaftspolitischen Positionen einen Schulterchluss zustande zu bringen, um gemeinsam die wichtigen Entscheidungen für die Zukunft zustande zu bringen. Dazu braucht es hier herinnen und in der Politik für diese Stadt keine falsche Harmonie und es braucht auch keinen Verzicht auf diese gesellschaftspolitischen Positionen. Es braucht ein klares Bekenntnis zum Ziel, die Leistungsfähigkeit unserer Stadt in herausfordernden Zeiten mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln sicherzustellen.

Themenwechsel: Theo Weigel hat einmal gesagt seinerzeit: „Europa täte es gut, wenn alle Politiker einmal wenigstens einen Tag den Mund halten würden.“ Ich bin gleich so weit, möchte aber abschließend noch danke sagen. Ich reihe mich ein. Danke an das Budgetteam, Karl Kamper, Michael Kicker, alle, die da jede Buchungszeile heuer zweimal schreiben, rechnen und zählen mussten. Danke für diese Budgeterstellung, danke an den Finanzstadtrat, an das gesamte Team für die Vorlage dieses Doppelbudgets und ein persönliches Danke gestatten Sie mir abschließend auch noch

als Vorsitzender des Finanzausschusses bei allen Kolleginnen und Kollegen, die in so vielen Jahren mich im Finanzausschuss begleiten, für die immer sehr konstruktive und sehr korrekte Zusammenarbeit. Da macht die Arbeit wirklich Freude. Danke dafür (*allgem. Appl.*). Und so bitte ich zu guter Letzt um eine breite Zustimmung zu diesem Nachtragsvoranschlag 2020 und zum Voranschlag 2021 und ich wünsche Ihnen allen und Graz Gesundheit und ein steirisches Glückauf. Dankeschön (*allgem. Appl.*).

GR Eber (KPÖ) 10.55 – 11.14 Uhr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Gestattet mir zunächst eine Vorbemerkung: Der Terroranschlag in Wien vor drei Tagen hat, auch wie der Herr Bürgermeister schon ausgeführt hat, uns auch in Graz berührt und zutiefst betroffen gemacht. Die schnelle Reaktion der Polizei und der Rettungskräfte, aber auch das beherzte Eingreifen von Bürgern und das solidarische Miteinander in Wien haben aber wohl noch Schlimmeres verhindert. Nach einem derartigen Anschlag ist man immer klüger. Aber, wie so oft im Leben haben nicht unbedingt jene Recht, die am lautesten schreien, im Gegenteil. Die Gruppen des islamistischen Terrorismus und rassistische, menschenverachtende Bewegungen in den wirtschaftlich hoch entwickelten Ländern des Westens haben mehr gemeinsam, als man auf den ersten Blick glauben möchte. Sie alle geben scheinbar einfache Antworten auf krisenhafte Erscheinungen, sie wenden sich in sozialen Fragen autoritär gegen die Interessen der Mehrheit der Menschen und sie verschleiern die tatsächlichen Verantwortlichkeiten für Arbeitslosigkeit, Elend und Krieg. In diesem Sinne danke ich auch dem Herrn Bürgermeister für seine deutlichen Worte am Anfang der Sitzung (*allgem. Appl.*). Nun aber zum Budget, das ich sozusagen stellen möchte unter das Motto: Außerordentlichen Situationen erfordern außerordentliche Budgets. Ein altes bekanntes Sprichwort eigentlich. Wir haben es hiermit angesichts der Corona-

Pandemie tatsächlich mit einer außerordentlichen Situation zu tun. Gerade im Jahr 2020 und von daher befassen wir uns heute ja mit zwei Budgets. „Koste es, was es wolle“, dieser Satz von Bundeskanzler Kurz am 18. März dieses Jahres gesagt zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit und dem Entfall von Einkommen von Unternehmen ist vielen von uns noch sehr gut in Erinnerung, und auch bei mir persönlich wurde diese Aussage von Anfang an eigentlich ein bisschen zwiespältig aufgefasst. Zum einen ist es natürlich positiv, wenn alles darangesetzt wird, die Verhinderung von Arbeitslosigkeit ganz oben auf die Agenda zu stellen. Zum anderen stellt sich aber letztlich die Frage: Wer wird am Ende die Kosten übernehmen? Die arbeitenden Menschen in unserem Land oder jene, die sich auf den Kosten der Arbeitenden bereichern, die Milliardäre und Multimillionäre? Tatsächlich hat sich selbst in den Monaten der Corona-Krise die Schere zwischen jenen, die nicht genug für das tägliche Leben haben und jenen, die im Überfluss leben, weiter geöffnet. Der französische Makroökonom Ludovic Subran, der Chefökonom ist bei der Allianz Versicherungsgruppe und seine Kollegin, ebenfalls bei der Allianzversicherung, Patricia Pelayo Romero, ziehen den Schluss: Bereits vor Corona, im Jahr 2019, gab es die größten Vermögenszuwächse in den reichsten Regionen der Welt. Und auch dort, in diesen reichen Regionen, sind die Einkommen und Vermögen höchst unterschiedlich verteilt. Das reichste Prozent weltweit, das sind Haushalte mit einem Nettovermögen von über 1,2 Mio. Euro, verfügt über 44 % des Gesamtvermögens. Die erwähnten Ökonomen gehen davon aus, dass die Pandemie diese Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen noch zusätzlich verschärft. Nur ein Beispiel: Dieter Schwarz, der Eigentümer der Handelskette Lidl, konnte während der Corona-Pandemie bis jetzt einen Vermögenszuwachs von rund 300 Mio. Euro verbuchen. Es sind nicht zuletzt Millionäre selbst, 83 waren es zunächst an der Zahl, aus sieben Ländern, die höhere Steuern für Reiche gefordert haben, um die Kosten der Corona-Krise zu bewältigen. Und auch in Österreich, bei uns, wird diese Diskussion zu führen sein, denn auch hier haben wir es mit diesen Ungleichheiten zu tun. Es gibt in Österreich 258 erwachsene Personen, die über Vermögen von jeweils über 100 Millionen verfügen, dem gegenüber stehen 1,5 Millionen Menschen, die an oder unter der Armutsgrenze leben

müssen. Die Forderung nach einer Corona-Steuer, nach einer Vermögenssteuer für die Reichsten in unserer Gesellschaft, ist also weder utopisch noch unfair. Sie ist ein Gebot der Stunde. Wie ist nun die Situation in Graz? Aus der Corona-Krise ist, wir haben es heute schon gehört, sehr schnell auch eine wirtschaftliche Krise geworden. Mit dem stärksten Wirtschaftseinbruch seit 1945 haben wir auch die höchste Arbeitslosenrate zu verzeichnen, dazu kommt eine Rekordzahl von Menschen in Kurzarbeit. Aber auch viele Selbständige, von Kulturschaffenden bis zu VeranstalterInnen, vom Beherbergungsbetrieb über Reisebüros bis zu Dienstleistern aller Art haben mit massiven Einkommensverlusten zu kämpfen. Viele Maßnahmen, die von der Bundesregierung ins Leben gerufen wurden, verschieben Probleme nach hinten. Wenn jemand die Miete nicht mehr bezahlen kann, weil es sich einfach nicht mehr ausgeht, so konnten zwar für die Monate April, Mai und Juni die Monatsmieten Corona-bedingt gestundet werden. Vielen wird aber nicht bewusst sein, dass sie bis Ende Dezember diese Mieten nachzahlen müssen, obwohl die Einnahmehausfälle nicht wieder wettgemacht werden konnten. Daran ändert auch nur sehr wenig, dass die Stadt sehr rasch, ich glaube, der Finanzstadtrat hat es auch angesprochen, mit einem Soforthilfe-Wirtschaftspaket reagiert hat. Gebühren und Entgelte für Bauernmärkte, Gastgärten, Veranstaltungen und Verkaufs- und Imbissstände wurden ausgesetzt, Unterstützungszahlungen für Unternehmer und Unternehmerinnen für Stromkosten und Miete wurden eingerichtet und einiges mehr. Um nicht missverstanden zu werden, diese Pakete waren richtig und wichtig, aber eben nicht genug. Wir brauchen heute mehr denn je ein Hilfspaket für jene Menschen, denen es nicht so gut geht. Dieses Paket oder diese Pakete könnten z.B. folgendes beinhalten:

- Ein Verbot der Abschaltung von Strom, Wasser und Wärme, damit Menschen in der bevorstehenden kalten Jahreszeit nicht frieren müssen,
- die automatische Verlängerung der SozialCard, um möglichst unbürokratisch Hilfeleistungen zu bekommen,
- die automatische Weitergewährung der Wohnunterstützung,

- die Schaffung von Notunterkünften samt Aufenthaltsmöglichkeiten für den Tag, damit obdachlose Menschen sich eben auch tagsüber an warmen Orten aufhalten können,
- einen umfassenden Gebührenstopp bei Wasser, Müll, Kanal, Strom und Fernwärme und schließlich bräuchte es einen Fonds, um Menschen finanziell zu unterstützen, die Corona-bedingt mit ihrer Miete und anderen Zahlungen in Zusammenhang mit dem täglichen Leben in Rückstand geraten sind.

Diese Unterstützungsmaßnahmen können von der Stadt Graz abgewickelt werden, aber selbstverständlich können diese Aufgaben nicht samt und sonders ohne Hilfe vom Bund übernommen werden. Wir werden hier also auch sehen, was die Worte des Bundeskanzlers „Koste es, was es wolle“ in der Realität bedeuten. Das KDZ, das Zentrum für Verwaltungsforschung, prognostiziert Einnahmenseinbußen für die Städte und Gemeinden in Österreich in einer Gesamthöhe von bis zu 1,9 Milliarden Euro. Besonders betroffen von diesen Einnahmeverlusten sind natürlich gerade die größeren Städte, die auch überörtliche und regionale Funktionen wahrnehmen. Selbstverständlich können diese Einnahmeverluste nicht kurzfristig durch Ausgabenkürzungen kompensiert werden. Das wäre weder sinnvoll und nicht wünschenswert. Die 50-%-Förderungen des Bundes für Investitionen sind grundsätzlich natürlich positiv zu sehen. Der Bund stellt den Gemeinden hier eine Milliarde Euro zur Verfügung, davon könnte Graz 36 Millionen erhalten. Allerdings muss auch gesehen werden auf der anderen Seite, dass die österreichischen Kommunen mit dem Konjunkturstärkungspaket, das im Juli 2020 im Nationalrat beschlossen wurde, rund 1,1 Milliarden Euro verlieren. Anders ausgedrückt: In Summe gibt es für die Gemeinden keine finanzielle Abgeltung für die Corona-Krise. Positiv möchte ich auch anmerken, dass die Stadt Graz ihre Investitionstätigkeit in dieser Situation nicht zurücknimmt, sondern, im Gegenteil, antizyklisch investiert. Allerdings: Die Investitionen können immer weniger aus den Überschüssen getätigt werden, sondern sind zusehends über Kredite zu finanzieren. Damit steigt der Schuldenstand der Stadt Graz in der Mittelfristplanung auf 2,3 Milliarden Euro im Jahr 2025. Damit hätte sich

dann der Schuldenstand in lediglich acht Jahren verdoppelt. Es ist der aktuellen Zinspolitik geschuldet, dass die Aufnahme von Krediten zu außerordentlich günstigen Konditionen erfolgen kann. Wenn es dabei darum geht, Investitionen in Bereichen zu tätigen, von denen die Bevölkerung nachhaltig profitiert, beispielsweise den Ausbau der Schulstandorte, die Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder auch Investitionen im kommunalen Wohnbau, so wird hier die KPÖ immer eine verlässliche Partnerin sein. Eine ebenso verlässliche Partnerin ist die KPÖ aber auch für die Bevölkerung, nämlich dann, wenn es darum geht, das Verschleudern von öffentlichen Geldern zu verhindern. Unsere Aktivitäten gegen eine Bewerbung für die Olympischen Spiele und gegen die Errichtung einer Plabutsch-Seilbahn haben wesentlich dazu beigetragen, dass diese beiden Großprojekte nicht zustande gekommen sind. Hier haben wir Verantwortung im Interesse der Grazerinnen und Grazer, aber auch im Interesse der Stadt Graz übernommen. Es wären keine nachhaltigen Investitionen gewesen, nachhaltig wären hier nur die Kosten für die Stadt Graz gewesen. Wir müssen verantwortungsbewusst mit den städtischen Finanzen umgehen. Und dabei dürfen wir auch das Vertrauen der Grazerinnen und Grazer nie missbrauchen. Die Parteien und ihre VertreterInnen, die gewählt wurden, sollten hier in jeder Hinsicht Vorbilder sein. Das gilt für den Umgang miteinander ebenso wie für den Umgang mit öffentlichen Geldern. Daher geben wir als KPÖ die überhöhten Parteien- und Klubförderungen auf vielfältige Art und Weise den Grazerinnen und Grazern zurück, sei es durch Unterstützungen in Notlagen, sei es durch unsere Aktion „Geld für Bankerl statt für Banken“ oder auch durch die neue Aktion „Blumen für alle“, die wir seit zwei Jahren durchführen. Sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, Sie haben die Frage gestellt, ich kann sie beantworten: Wir werden diesen beiden Budgets heute hier nicht zustimmen. Zustimmung zum Budget bedeutet ja auch Zustimmung zur Politik, die dahintersteht, und auch wenn vieles im Budget vorgegeben ist, etwa die Pflichtausgaben im Sozial- und Pflegebereich und auch einiges positiv ist, die Investitionen, die ich angesprochen habe, so unterscheidet sich dennoch die Handschrift der Mehrheitsfraktionen von jener der unseren, z.B. im Bereich der Gemeindewohnungen. Der Zugang zu Gemeindewohnungen ist für viele Menschen

unter dem Vorwand, Grazerinnen und Grazer bevorzugen zu wollen, erschwert worden. Fünf Jahre Hauptwohnsitz in Graz statt bisher zwei Jahre, kein Anspruch für Konventionsflüchtlinge und andere Maßnahmen führen jetzt sogar schon zu einem Mangel an Anspruchsberechtigten. Gemeindewohnungen sind aber keine gewinnbringende Ware, sondern haben eine soziale Aufgabe zu erfüllen. Nämlich jenen ein Dach über den Kopf zu geben, denen es nicht so gut geht.

Beispiel SozialCard: 2012 wurde die SozialCard, auch nach Jahren und jahrzehntelangem Drängen der KPÖ, eingeführt, um Menschen unbürokratisch Hilfestellungen geben zu können. Davon wird nun immer weiter abgerückt. Leistungen wie die Weihnachtsbeihilfe müssen separat und online beantragt werden. Gleichzeitig werden die BezieherInnen unter Generalverdacht gestellt, indem man ihnen nur mehr Gutscheine für die Weihnachtsbeihilfe zukommen lässt.

Letztes Beispiel: der Bauboom in Graz. Die KPÖ hat seinerzeit dem Flächenwidmungsplan nicht zugestimmt. Aus gutem Grund. Unsere Hauptargumente waren, dass die Ausstattung mit Grünraum gerade in den Bezirken Lend, Gries und Jakomini mangelhaft ist und bleibt. Und gerade in dicht verbauten Gebieten, eben auch die angesprochenen Bezirke, wurde die Bebauungsdichte noch weiter erhöht. Seit 2012 wurden 68 Hektar in Graz verbaut, eine Fläche, die größer ist als die gesamten Reininghausgründe.

Zu guter Letzt möchte ich noch danke sagen. Beginnen möchte ich mit den Vorsitzenden meiner Ausschüsse, wo ich auch vertreten sein darf. Das sind Georg Topf, Klaus Frölich, Armin Sippel und Michael Ehmman. Danke für eure umsichtige Art und Weise der Vorsitzführung. Danken möchte ich den Direktoren unserer Stadt, dem Stadtrechnungshofdirektor Mag. Hans-Georg Windhaber, dem Baudirektor DI Bertram Werle, dem Magistratsdirektor Mag. Martin Haidvogel und, ist heute auch schon angesprochen worden, ganz besonders dem Karl Kamper, Finanzdirektor, weil er heute voraussichtlich das letzte Budget für diese Stadt mitgestaltet. Herzlichen Dank (*allgem. Appl.*). Danken möchte ich dann auch noch natürlich allen AmtsleiterInnen, AbteilungsreferatsleiterInnen und auch den Geschäftsführern und -führerinnen unserer städtischen Betriebe und Gesellschaften, danken möchte ich den Mitgliedern

der Stadtregierung und allen Mitgliedern des Gemeinderats für die oft konstruktive Zusammenarbeit und vor allem auch für viele interessante Diskussionen und Auseinandersetzungen, die ja auch dazu dienen, die eigenen Standpunkte zu hinterfragen und die eigenen Argumente sozusagen auch zu überdenken und zu schärfen. Und bedanken möchte ich mich natürlich bei allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in der Stadt Graz und in unseren Gesellschaften, ohne deren Arbeit unsere Stadt nicht funktionieren würde (*allgem. Appl.*). Ganz zum Schluss möchte ich noch, weil dann keine Möglichkeit oder keine einfache Möglichkeit mehr besteht, einen Abänderungstrag einbringen zum Tagesordnungspunkt 2 zum Beschluss zum Voranschlag 2021.

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

1. Die im Voranschlag für das Jahr 2021 vorgesehene Parteien- und Klubförderungsgelder für politische Parteien in Höhe von insgesamt 2.451.900 werden um 10 % reduziert.
2. Die dadurch frei werdenden Mittel werden dem Graz Hilfsfonds zugeführt.

Ich ersuche um Annahme dieses Abänderungsantrages und bedanke mich für die Aufmerksamkeit (*allgem. Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages

Die Bekämpfung der Corona-Krise hat für den Großteil der Bevölkerung negative Auswirkungen, auch auf ihre wirtschaftlichen Verhältnisse. Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Einkommensverluste führen – trotz Gegenmaßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen – zu mitunter erheblichen Verschlechterungen in den Lebensbedingungen der Menschen. Im Voranschlag für das Jahr 2021 sind unter der Position 000000/757000 180 „Ifd. Transferzahlungen an private Organisationen ohne Erwerbszweck“ Parteien- und Klubförderungsgelder für politische Parteien im Gesamtausmaß von 2.451.900 Euro ausgewiesen. Angesichts der schwierigen gesamtwirtschaftlichen und -

gesellschaftlichen Lage wäre es angebracht, diese Förderungen im Sinne der Vorbildwirkung um zehn Prozent zu reduzieren.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

- 1. Die im Voranschlag für das Jahr 2021 unter der Finanzposition 000000/757000 180 „lfd. Transferzahlungen an private Organisationen ohne Erwerbszweck“ vorgesehenen Parteien- und Klubförderungsgelder für politische Parteien in Höhe von insgesamt 2.451.900 Euro werden um zehn Prozent reduziert.*
- 2. Die dadurch frei werdenden Mittel werden dem „Graz hilft“-Fonds zugeführt.*

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (11.06 Uhr)

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Frau Gemeinderätin Klubobfrau Gemeinbauer hat sich zu Wort gemeldet zur Geschäftsordnung

GRⁱⁿ Gemeinbauer:

Dankeschön, Herr Vizebürgermeister, liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf mich kurz zur geänderten Geschäftsordnung zu dieser Budgetgemeinderatssitzung melden. Wir haben unter uns Klubobleuten ausgemacht, dass Zusatz- oder Abänderungsanträge zu den Stücken auf der Tagesordnung bis

gestern 16.00 Uhr einzulangen sind. Das ist nicht erfolgt, lieber Herr Kollege, somit können wir deinen Abänderungsantrag nicht zur Kenntnis nehmen (*allgem. Appl.*).

StRⁱⁿ Kahr:

Das ist richtig, liebe Kollegin Dani Gmeinbauer. Da geht es aber nicht um den Tagesordnungspunkt, sondern um das Budget, und seit 1993 bin ich da im Gemeinderat in diesem Haus und selbstverständlich war es immer möglich, Zu- und Abänderungsanträge, wenn man einen entsprechenden Finanzierungsvorschlag dazu bringt, möglich. Das wäre das erste Mal in der ganzen Geschichte dieses Hauses. Wir sind zwar jetzt nicht im Rathaus, aber in der Messe. Aber diese Spielregeln sollte man nicht ändern. Danke (*allgem. Appl.*).

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Meine Damen und Herren, wir haben ja noch Zeit bis es zu einer Abstimmung oder Nichtabstimmung kommen wird. Wir werden das mit dem Herrn Magistratsdirektor abklären und ich darf jetzt den Herrn Klubobmann Sippel, bitten seine Rede vorzutragen.

GR Mag. Sippel (FPÖ) 11.16 – 11.38 Uhr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, hoher Gemeinderat, geschätzte Damen und Herren, die uns via Livestream verfolgen. Ich vermisse die Zeiten bereits, in denen man ganz ohne Angst durch die Stadt ziehen konnte und unbeschwert, wie der Wiener sagt, in Schanigarten sitzen konnte. Seit acht Monaten ist alles anders, seit acht Monaten durchleben wir eine Krise, die jedem von uns ein Stück Freiheit genommen hat. Am Montag wurde zu unser aller Schrecken auch noch unsere

Bundeshauptstadt Wien vom islamistischen Terror heimgesucht. Österreich erlebt zurzeit wahrlich dunkle Stunden. Die meisten von uns haben es nicht für möglich gehalten, dass dieser fanatische Glaubenskrieg tatsächlich seine blutige Spur auch bei uns hinterlässt. Während die Warner und Mahner vor dieser Entwicklung als Hetzer abgetan wurden, auch hier in diesem Haus, forderten politische Verantwortungsträger der Grünen ausgerechnet in Wien doch tatsächlich die Entwaffnung unserer Polizei. Während die Regierungsspitze einen überzogenen, zum Teil inszenierten Kampf gegen ein Virus führte, bereiteten Extremisten unbemerkt ein grauenvolles Attentat vor. Paris, Nizza, Avignon, Lyon und jetzt Wien, beinahe täglich töten Dschihadisten Unschuldige. Der Traum vom bunten Miteinander ist ausgeträumt. Europa befindet sich im Würgegriff von Gefährdern und radikaler Ideologien, die den Angriff auf Leib und Leben und damit auch auf unsere Freiheit gestartet haben. Spätestens seit diesem Terroranschlag ist Wien keine Insel der Seligen mehr. Graz hat diesen Status schon seit einiger Zeit verloren. Ich erinnere an den syrischen Migranten, der vor ein paar Wochen einen Anschlag auf die Grazer Synagoge und auf den Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde verübt hat. Und gerade jetzt, vor einigen Tagen, hat ein afghanischer Asylant in einem Bus der Graz Linien eine Ordensschwester attackiert. Die Zeiten der Betroffenheitsfloskeln vom Bundespräsidenten über die Regierungsspitze bis über alle politischen Vertreter und den NGOs müssen nun endlich vorbei sein. Es muss gehandelt werden. Nun ist es so, wie Sie wissen, dass wir als FPÖ seit 2017 in dieser Stadt in Verantwortung stehen. Unser Bestreben war von Anfang an, eine strenge Zuwanderungspolitik umzusetzen. Hier sind wir in Graz auf einem guten Weg. Doch nach diesem Terroranschlag wissen wir, dass wir nachschärfen müssen. Ich wiederhole deshalb einmal mehr unsere Forderungen:

- Sofortiger Zuwanderungsstopp, das ist auch ein Thema, das budgetär relevant ist.
- Entzug der Staatsbürgerschaft und kompromisslose Abschiebung von Extremisten und Gefährdern und
- Schließung aller vom Verfassungsschutz als radikal eingestuften Moscheen. In Graz haben wir von 20 Moscheen, gut die Hälfte, die hier als radikal auch

eingestuft werden und neuesten Informationen zur Folge ist auch der Attentäter von Wien in einer solchen Moschee radikalisiert worden.

Zum Budget: Uns liegen heute zwei Voranschläge vor. Sie stehen natürlich im Schatten dieser beiden Krisen. Auf der einen Seite eine Krise, die im Zusammenhang mit dem islamistischen Terror steht und die andere ist eine Krise, die uns seit über acht Monaten begleitet. Das heißt, in der praktischen Konsequenz handeln wir heute die Zahlen gewordenen Folgen der türkisgrünen Corona-Politik ab. Die Nachbedeckung des Voranschlages 2020 führt uns deutlich vor Augen, wie teuer unserer Stadt der erste Lockdown bisher gekommen ist. Der angerichtete Schaden beträgt 100 Mio. Euro. Das ist eine Eins mit acht Nullen. Das muss man in Zeiten eines Finanzministers Blümels durchaus dazusagen. Im Wesentlichen sprechen wir hier von vier Faktoren:

1. Vom Entgang von Ertragsanteilen. Der Finanzreferent hat das auch schön und eindrücklich ausgeführt.
2. Sprechen wir hier von den Einnahmeverlusten in unseren Eigenbetrieben: Holding Graz, Flughafen Graz. Klar, wenn weniger auf Straßen gefahren wird, wirkt sich das auch einnahmenseitig aus. Wenn weniger geflogen wird, wird auch der Flughafen Verluste schreiben.
3. Dem Ausfall von Gebühren und Abgaben, wie der Kommunalsteuer, die wir zu ertragen haben.
4. Zusätzlich war notwendig, auch ausgabenseitig etwas zu machen. Wir haben einen erhöhten Personalbedarf im Gesundheitsamt beispielsweise auch gehabt und wir haben einen Corona-Hilfsfonds eingerichtet, um der angeschlagenen Wirtschaft unter die Arme zu greifen (*allgem. Appl.*).

Ich will diese gewaltige Summe einmal veranschaulichen. Mit diesem Geld könnten wir ohne mit der Wimper zu zucken 1.000 weitere städtische Wohnungen für unsere Grazer errichten. Seit drei Tagen befinden wir uns also jetzt im zweiten Lockdown. Die Republik wurde abermals zugesperrt. Die Wirtschaft ist gerade wieder über den

Sommer etwas angelaufen und nun rammt ihr die Bundesregierung wieder die Eisenstange zwischen die Speichen. Für viele Betriebe und Existenzen bedeutet das den endgültigen Genickbruch. Und wer sagt, dass dies das letzte Herunterfahren war? Oder bewegen wir uns mit dieser Politik nicht überhaupt in eine katastrophale Lockdown-Spirale? Ganz besonders hart, und wir haben das auch in einigen Sitzungen vor dem Sommer abgehandelt, aber ganz besonders hart betrifft es wieder die Gastronomie. Was wurde den Wirten in den letzten Jahren nicht alles angetan und auferlegt? Registrierkassen, Rauchverbot, eine zweimonatige Sperre im Frühjahr und jetzt ein neuerlicher Gastro-Lockdown. Das Schließen der Gaststätten, sehr geehrte Damen und Herren, ist völlig überzogen. Es gibt überhaupt keinen Anhaltspunkt für ein erhöhtes Infektionsgeschehen in der Gastronomie. Deshalb, Herr Kurz und Herr Anschöber, nehmen Sie diese Verordnung zurück. Unverzüglich (*allgem. Appl.*). Wir ermöglichen in diesem Budget 2021 auch das bevorstehende Sportjahr. „Let’s go Graz“ ist das ambitionierte Motto, das wir uns gegeben haben. Wir wollen alle Grazer zur gesunden Bewegung animieren. „Let’s go“, war wohl nicht das Motto der Bundesregierung und des Sportministers, die also den Jugendsport und den Amateursport verboten haben. Damit stellt er diesen auf die gleiche Stufe wie das Kampftrinken. Mit der Ausgangssperre ab 20.00 Uhr wird genau das auch bekämpft. Ist Ihnen das schon aufgefallen? Es gehört schon ordentlich viel Weltfremdheit dazu, wenn man eine sogenannte Gesundheitskrise mit der Einschränkung des gesunden Sports bekämpfen will. An dieser Stelle sei die Frage angebracht: Wer sind denn die Corona-Toten? Meines Wissens nach sind das Übergewichtige, Raucher, mehrfach Vorerkrankte. Ausreichend Bewegung wäre also sinnvolles Gegenkonzept gewesen. Wer die Sportstätten für Kinder zusperrt, verursacht die Gesundheitsprobleme von morgen. Und die werden mit Sicherheit teurer und schlimmer sein als Corona (*allgem. Appl.*). Diese mit Wochenbeginn eingelegte Vollbremsung bremst in Wahrheit auch den Voranschlag 2021 aus, wurde dieser doch in den Monaten August, September und Oktober unter der Prämisse einer schrittweisen Normalisierung der Wirtschaft erstellt. Und dennoch brauchen wir dieses Budget, wir brauchen dieses Budget, damit unsere 8.700 Mitarbeiter im Haus Graz ihren Lohn bekommen. Wir brauchen dieses Budget,

damit unsere 3.200 Pensionisten ihre Pension erhalten. Wir brauchen dieses Budget, damit unsere Straßenbahnen und Busse fahren, wir brauchen dieses Budget, damit auch die Müllabfuhr weiter funktioniert. Und schließlich brauchen wir dieses Budget, damit wir in dieser herausfordernden Zeit auch ein verlässlicher Partner für die Grazer Wirtschaft sind. Die FPÖ bleibt selbstverständlich auch in dieser schwierigen Phase ein Regierungspartner mit Handschlagqualität. Es ist für uns selbstverständlich, uns hier nach Kräften anzustrengen, um jene Suppe auszulöffeln, die uns Kurz, Anschober & Co. eingebrockt haben. Und was brauchen wir jetzt in dieser Lage? Was brauchen wir in dieser Situation? Wir brauchen Ruhe, wir brauchen Besonnenheit und wir brauchen Optimismus. Malen wir in dieser Weltuntergangsstimmung einen Silberstreif Hoffnung auf den Horizont. Wenn man die Zeitung aufschlägt, da ist ja nur mehr Horror pur. Da ist ja jeder Horror-Film in Wahrheit eine Seifenoper dagegen. Aber ich möchte das auch beantworten. Wie können wir auch Hoffnung geben? Einen Vorschlag hätte ich: Setzen wir die Zahlen in Relation zueinander. Als Erstes möchte ich es an einem Beispiel festmachen. Wie klingt das in Ihren Ohren? Laut Zählweise der Bundesregierung sind in Österreich bisher 1.192 Menschen an oder mit dem Corona-Virus verstorben, Stand gestern. Das klingt natürlich dramatisch, überhaupt keine Frage, und jeder einzelne Fall ist natürlich auch bedauerlich. Wenn ich Ihnen aber sage, dass alleine in dieser Woche in Österreich rund 1.600 Menschen, das ist die natürlich Mortalität, aus unterschiedlichen Gründen sterben werden, beispielsweise alleine ca. 90 davon an einem Krankenhauskeim, dann relativiert das diese Zahl erheblich. Wir wollen realistisch bleiben, deshalb vergleichen wir. Ereignisse, Phänomene und Zahlen sind für sich gesehen nämlich nur dann aussagekräftig, wenn auch sie in Relation gesetzt werden oder in Verhältnissen zu etwas stehen. Genau das gilt auch für die Zahlen des städtischen Budgets.

Ein konkretes Beispiel: Die Stadt Graz wird mit Ende dieses Jahres, und wir haben es auch schon auf die Leinwand projiziert bekommen, wird mit Ende dieses Jahres einen Schuldenberg von rund 1,5 Milliarden Euro angehäuft haben. Bis Ende 2021 wird dieser auf insgesamt 1,7 Milliarden anwachsen. Das klingt im ersten Moment natürlich auch dramatisch. Ich werde jetzt auch diese Zahlen in Relation setzen. Schulden sind

nicht automatisch schlecht. Es gibt auch die guten Schulden. Das ist so wie beim Cholesterin. Da gibt es gutes und auch schlechtes. Aber was sind jetzt die guten und was sind die schlechten Schulden? Schlechte Schulden sind im Prinzip die Konsumschulden. Was sind Konsumschulden? Konsumschulden kennen wir alle aus dem privaten Bereich. Das sind die Dinge, die wir uns mit Ratenkrediten anschaffen, den Fernseher, das Handy, das neue Auto. Manche fahren sogar auf Raten in den Urlaub. Mit Konsumschulden, und das ist das Entscheidende, schaffen wir keine Werte. Der Wert verfällt und die Zinsen steigen. Wer gewinnt? Die Bank. Wer verliert? Wir Konsumenten. Warum sind Konsumschulden so gefährlich? Weil sie gesellschaftlich akzeptiert und sogar als normal angesehen werden. Die Verlockungen sind einfach zu groß. Heute kaufen, morgen zahlen, und das führt viele in Versuchung. Ich komme jetzt zu den guten Schulden. Was sind gute Schulden? Das sind Investments. Was sind Investments? Investments sind Güter oder Engagements, die wir mit Gewinnabsicht eingehen. Investmentschulden entstehen, wenn wir Fremdkapital für die Finanzierung verwenden. Wir leihen uns also Geld, um eine Investition zu tätigen. Klingt das im ersten Moment natürlich nach einem schlechten Deal, wie bei den Konsumschulden. Aber es gibt einen großen Unterschied: Das Investitionsgut ist etwas wert und im besten Fall wird es mit der Zeit auch noch wertvoller. Die Stadt Graz hat noch dazu einen Vorteil. Wir können uns Fremdkapital zu sehr guten Bedingungen leihen. Die Zinssätze sind meistens niedriger als bei Konsumentenkrediten, weil die Bank den Kredit über den Vermögenswert absichern kann.

Ähnlich wie bei Privatpersonen verhält es sich auch mit der öffentlichen Hand, also mit der Stadt Graz. Entscheidend ist eben nicht nur, wofür das geliehene Geld verwendet wird, sondern was am Ende dabei rauskommt. Die FPÖ wird dieses Budget mit gutem Gewissen mittragen, denn sinnvolle Investitionen wie der Ausbau von Straßenbahnlinien, das ist erwähnt worden auch von meinem Vorredner, der Neubau von Schulen oder der Bau und die Sanierung von städtischen Wohnungen, das sind sinnvolle Investitionen. Und so lange in einem Budget diese sinnvollen Investitionen überwiegen gegenüber fragwürdigen Ausgaben, werden wir als FPÖ Budgets dieser Art immer mittragen (*allgem. Appl.*). Über fragwürdige Ausgaben könnte ich jetzt ein

eigenes Referat halten, also wenn man sich die Voranschläge durchblickt, dann findet man natürlich einiges, was man hinterfragen kann. Es ist auch in Ordnung, wenn die kommunistische Partei Dinge hinterfragt. Es kann über jeden einzelnen Posten in Wahrheit auch diskutiert werden. Was es aber jetzt braucht in dieser Situation, ist Weitsicht, ist auch Führungskompetenz. Denn wir sind von einem schlimmen Corona-Torpedo getroffen worden. Der Einschlag ist riesig und jetzt gilt es sich nicht in Details zu verheddern, sondern jetzt gilt es, die Stadt Graz auf Kurs zu halten und dafür sind wir letztlich auch da.

Ich gehe zu einer anderen Relation. Es geht um Zinsen und Schulden. Sinnvoll erfassen wir das Gewicht von Schulden nur, wenn wir dabei die Zinslast berücksichtigen. Die gute Nachricht: Vor 20 Jahren haben wir für ungefähr 500 Mio. Euro Schulden nicht viel mehr an Zinsen gezahlt, als das heute der bei einer dreifach höheren Menge der Fall ist. Warum sage ich das? Aus unserer Sicht ist es ein Gebot der Stunde, den günstigen Zinssatz zu nutzen, um nachhaltig in die Erneuerung unserer Strukturen zu investieren. Deshalb auch noch einmal ein klares Ja zu diesen rentablen Investitionen. Ich bin überzeugt davon, dass es Sinn ergibt, gerade in Krisenzeiten zu investieren. Da gibt es viele Beispiele von Staaten, die in der Finanzkrise 2008 investiert haben und nach mehreren Jahren doch besser dagestanden sind als Staaten, die nur gespart haben. Wir müssen unseren Wirtschaftskreislauf auch vor Ort, die Wertschöpfungskette vor Ort stimulieren. Wir tun das mit klugen politischen Entscheidungen. Und wir fördern das mit Optimismus und positiver Stimmung. Wenn man so will, sind wir als FPÖ auch so etwas wie der Fels in der Brandung im Schwarzen Meer der Tristesse (*allgem. Appl.*). Der Voranschlag von 2021 ist die in Zahlen gegossene Zuversicht, auch, und das ist der Wermutstropfen, wenn der aktuelle Lockdown stattfindet und wir noch nicht wissen, welche Folgen er haben wird. Wenn es blöd läuft, dann sitzen wir in einem halben Jahr wieder da und müssen eine Nachbedeckung des Voranschlages 2021 vornehmen. Zuversicht braucht auch der Wirtschaftsstandort Graz. Zuviel hängt davon ab. Mit hysterischer Klimapolitik, dem Aussperren der Autos aus den Stadtzentren oder mit überzogenen Corona-Maßnahmen die Wertschöpfung vor Ort zu sabotieren, das ist unsere Sache nicht. Ich

hoffe sehr, dass die Kündigung von 220 AVL-List-Mitarbeitern ein singuläres Ereignis war und kein Vorbote ist auf einen weiteren Stellenabbau in der Automobilhauptstadt Graz. Und zu guter Letzt: Ich muss an dieser Stelle die Österreichische Bundesregierung auffordern, die Städte und Gemeinden als Leidtragende der Krise nicht im Regen stehen zu lassen. Was wir brauchen, ist eine angemessene Kompensation der entfallenen Ertragsanteile und volle Unterstützung bei den Investitionen im Infrastrukturbereich. Die sofortige Umsetzung der Nahverkehrsmilliarde ist ein Beispiel.

Ich möchte mich dem Dank meiner Vorredner anschließen. Ich möchte mich bedanken bei allen, die diese beiden Budgets erstellt haben. Die hier viel Arbeit auch investiert haben, bei den Regisseuren dieses budgetären Abenteuers, bei Karl Kamper, bei Michi Kicker, herzlichen Dank auch an alle in den Abteilungen, die sich hier ins Zeug gelegt haben (*allgem. Appl.*).

Zum Schluss meiner Budgetrede darf ich einer lieb gewordenen Tradition folgend (*allgem. Lachen*) wieder ein kurzes Gedicht zum Besten geben. Diesmal angelehnt an die berühmten „Ein Mensch-Gedichte“ des wunderbaren deutschen Lyrikers Eugen Roth.

Es strebt ein Mensch, er werkt und denkt,

dass er allein sein Schicksal lenkt.

Schon steckt er seine ganze Stärke

ins Rechnen mancher Zahlenwerke.

Was nimmt man ein? Was gibt er aus?

Plant dieser Mensch ein Jahr voraus.

Er kalkuliert – von Wert nicht klein

Beträge als Reserve ein.

Schon kommt der Mensch zur letzten Zeile.

Gut´ Ding braucht eben seine Weile.

Er hat die Sache gut bedacht

und legt zufrieden sich zur Nacht.

Der Mensch entrückt von Zeit und Raum
hat einen tiefen, sanften Traum.

So kommt es, dass der Mensch erwacht
und morgens schon zufrieden lacht.

Ein Lachen, das ihm schnell vergeht,
weil hier doch in der Zeitung steht,
es sei gerade – ohne End´

Corona heftig virulent.

Der Mensch ist darob sehr verschreckt.

Hat er sich gar schon angesteckt?

Die Planung – fällt dem Menschen ein-
wird gänzlich neu zu rechnen sein.

Der Mensch, der keine Mühe scheut,
geht frisch ans Werk und will erneut

beim Planen sehr flexibel sein,
setzt jeden Wert penibel ein.

Gönnt sich nicht Rast, nicht Ruhespende
und bringt die Arbeit flugs zu Ende.

Schon merkt der Mensch nach kurzer Frist,
dass wieder alles anders ist.

Jetzt legt der Mensch den Stift zur Seite,
dass fortan ihn die Demut leite.

So lehrt den Menschen halt das Leben:
Wer eifrig plant, liegt auch daneben.

(allgem. Appl.).

GRⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner (Die Grünen) 11.39 – 11.54 Uhr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Vizebürgermeister, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Zuseherinnen und Zuseher am Live-Stream, Herr Klubobmann Sippel. Ich habe es befürchtet, dass du diese Budgetrede missbrauchen wirst für deine fragwürdigen politischen Botschaften, dass du sie missbrauchen wirst für deine politischen Pamphlete. Wir als Grüne sind eins mit den vielen, die sich nicht spalten lassen. Wir sind eins mit denen, die zusammenstehen und die mit den Opfern und mit ihren Angehörigen fühlen. Und du hast mit deiner Rede auch bewiesen, wie gut es ist, dass die FPÖ keine Regierungsverantwortung trägt auf Bundesebene. Du hast es damit bewiesen mit deiner vollkommenen Ignoranz gegenüber der Situation in unseren Spitälern und unseren Intensivstationen (*allgem. Appl.*).

Ich komme jetzt zum Nachtragsvoranschlag und zum Voranschlag der Stadt Graz. Es stimmt, Corona-bedingt stehen wir vor sehr großen Herausforderungen. Vieles sieht jetzt anders aus, als wir das zu Beginn des Jahres angenommen haben. Für 2020 sehen wir uns mit einem Minus von 100 Mio. Euro konfrontiert, die Ertragsanteile seitens des Bundes brechen um 40 Mio. Euro ein, die Kommunalsteuer um 16 Millionen. All diese Einnahmeneinbußen und das, was an Problemen damit auftritt, wird durch zusätzliche Kredite im selben Ausmaß gestopft. Das hat natürlich Auswirkungen auf die Gesamtverschuldung der Stadt, das hat Auswirkungen auf die Schuldenobergrenze, die sich, das muss man leider sagen, wahrscheinlich in 12 Jahren fast verdoppelt haben wird und die schwarz-blaue Koalition wird weiter investieren. Für das Jahr 2021 sind 85 Millionen für neue Projekte reserviert, für Straßensanierungen, Schulausbauten und die Fertigstellung der Straßenbahnen. Wir als Grüne begrüßen grundsätzlich die Strategie, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten antizyklisch zu investieren. Wir sehen es positiv, dass Geld in die Hand genommen wird für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und für Klimaschutzmaßnahmen, weil wir das glauben, dass das wichtig ist, um einen Beitrag zu leisten zur Ankurbelung der Wirtschaft. Und trotzdem, schaut man die Geschichte genauer an, muss man an den listigen Koch denken, der seinen

Oberkellner anweist: „Das Essen soll der Piccolo austragen, dann sehen die Portionen größer aus.“ Denn die schwarz-blaue Koalition in Graz ist weniger ein Meister der Umsetzung als ein Meister der Inszenierung. Und das ist genau der Punkt, Herr Stadtrat Riegler, Sie kommen einfach nicht ins Tun. Schauen wir uns einige Beispiele an. Was ist aus der 2014 angekündigten Grünraumoffensive geworden? Wo sind die öffentlichen Parks, die öffentlichen Grünflächen in den am dichtesten besiedelten Grazer Bezirken Lend, Gries und Jakomini? Was wurde getan, um das Grünraumdefizit zu verringern, damit die Menschen ganz im Sinne der „Stadt der kurzen Wege“ neue Parks zur Verfügung haben (*Appl.*). Leider mehr Ankündigung als Umsetzung und sogar das Gegenteil ist der Fall. Schauen Sie hier aus dem Fenster, dann werden Sie sehen einen Park, den wir bald nicht mehr zur Verfügung haben werden. Am Stadtrand wiederum wurden Flächen angekauft und sie wurden abgesperrt. Das ist ja vollkommen absurd, sie wurden abgesperrt über viele Jahre, wie der Vincke-Steinbruch, der erst nach mehr als vier Jahren der Bevölkerung zur Verfügung stehen soll. Stattdessen freuen sich Investoren über das Graz von Schwarz-Blau, denn sie finden dort ein gut aufbereitetes Terrain: „Mittlerweile ist Graz fest in der Hand institutioneller Investoren“, konnten wir vor einigen Tagen dem Immobilienmagazin entnehmen. Die Bauwirtschaft boomt, Bürgermeister Siegfried Nagl, der Herr über Beton, Asphalt und Kräne, die Baumbilanz bei Vorhaben in Graz sieht hingegen traurig aus. Auch wenn es so ist, dass es ein großes Bemühen gibt seitens der Abteilung, Ersatzpflanzungen im Verhältnis 1:1 vorzuschreiben, sehen wir, dass in der gebauten Stadt, also nicht in den Wäldern, in der gebauten Stadt jedes Jahr durch Bauvorhaben mehr Bäume verloren gehen, als neue gepflanzt werden (*Appl.*).

Undeutlicher Zwischenruf GR Piffel-Percevic.

Pavlovec-Meixner:

Ich kenne die Statistik. Du kennst sie scheinbar nicht (*allgem. Appl.*). Gerade angesichts der Herausforderungen eines Klimawandels wäre es ein primäres Anliegen der Koalition, hier entgegenzusteuern. Wie heißt es so schön in eurem Projekt „Grazer Stadtbaum 2020 – 2022“, Zitat: „Ein gesunder Baumbestand ist die wichtigste Maßnahme zum Schutz des Klimas.“ Richtig. Endlich und nach viel Druck unsererseits wurde dieses Maßnahmenprogramm auf den Weg gebracht, indem jeweils 800 Stadtbäume pro Jahr gepflanzt werden sollen. Nur um Missverständnisse zu vermeiden: Es handelt sich hier nicht nur um neue Baumstandorte. Es sind auch Ersatzpflanzungen an bestehenden Standorten eingerechnet. Und das reicht einfach nicht, Herr Bürgermeister. Die Begrünung unserer Straßen, die Pflanzung unserer Alleen an den Hauptverkehrsachsen schreitet viel zu langsam voran (*allgem. Appl.*).

Undeutlicher Zwischenruf aus den Reihen der Messe.

Pavlovec-Meixner:

Das Thema Klimaschutz wird seitens vieler Wirtschaftsforscher als wichtigster und wirksamster Konjunkturmotor gesehen. Daran hat auch die Corona-Pandemie nichts geändert. Gegen Corona wird es hoffentlich bald eine Impfung geben, gegen die Klima- und auch gegen die Biodiversitätskrise gibt es keine Impfung. Vor ziemlich genau einem Jahr wurde der Klimaschutz-Beirat mit ziemlich vielen Schwierigkeiten seitens der Stadt eingerichtet und ein Klimaschutzfonds dotiert. Bis dato ist wenig auf den Weg gebracht worden, z.B. die Testanlage für ein Sprühnebelsystem am Tummelplatz und die wird wohl nicht als Erfolgsgeschichte in die Annalen der Stadt Graz eingehen (*Appl.*). Laut Website der Stadt wurden bisher rund vier Millionen Euro beauftragt u.a. für das Forschungsprojekt Green Tech 100 und für ein GründerInnenprojekt. Das ist angesichts der riesigen Herausforderungen durch den Klimawandel wahrlich keine rühmliche Bilanz. Wo sind die Leuchtturmprojekte der selbsternannten

Klimainnovationsstadt Graz? Wo bleibt der verpflichtende Klimacheck für alle Investitionen der Stadt Graz analog zu den Regeln auf Bundes- und auf Landesebene? Wann startet die Sanierungs-Offensive für öffentliche Gebäude? Wo bleibt die große Energie-Effizienz-Initiative der Stadt? Wo sind die Investitionen in den regionalen Arbeitsmarkt, um die Arbeitslosigkeit zu minimieren? Und wo bleiben die Kriterien, die sicherstellen, dass Investitionen eine regionale Wertschöpfung gewährleisten? Wir erwarten uns, dass die Klimainnovationsstadt Graz durch Infrastrukturentscheidungen nicht nur Wirtschaftsimpulse setzt. Wir brauchen Regeln, wie die öffentlichen Mittel verwendet werden, damit die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft gestärkt wird und der Klimawandel eingedämmt wird. Graz braucht ein mutiges Konjunkturpaket, das alle geplanten Investitionen auf Herz und Nieren prüft. Gerade die Corona-Krise hat uns gezeigt, wie vulnerabel unser Wirtschaftssystem ist. Und ein auf Raubbau aufbauendes Wirtschaftssystem, ein Wirtschaftssystem, das unseren Lebensraum gefährdet und uns in den kleinen Strukturen wirtschaftlich aushungert, ist nicht die Normalität, in die wir zurückwollen. Die Regionalwirtschaft ist klimaschonend und stärkt die Städte in ihrer Unabhängigkeit und Identität. Wir fordern ein Standortmarketing, das die Zentren stärkt, verstärkte Unterstützung regionaler Kleinstrukturen, mehrjährige Start-Up-Förderungen und gezielte Wirtschaftsimpulse durch klimaschutzrelevante Investitionsentscheidungen. Und noch ein Punkt bereitet uns große Sorge: Die Stadt Graz ist äußerst säumig, wenn es darum geht, Bundesfördermittel zu beantragen und abzuholen. Die Bundesregierung hat bereits vor dem Sommer zahlreiche Konjunkturpakete für die Kommunen geschnürt. Das Kommunale Investitionsprogramm, die Radoffensive, das ÖPNV-Paket und jetzt im Herbst die Klimaschutzmilliarde. In diesem Klimaschutzpaket wird ganz klar festgehalten, die Wirtschafts- und die Klimakrise müssen gemeinsam angegangen werden und sämtliche Konjunkturpakete der Bundesregierung sind mit den Klimaschutzförderungen kombinierbar (*Bgm.-Stv. Eustacchio betätigt die Ordnungsglocke*). Für Österreichs Städte eröffnet sich damit eine einzigartige Chance, dringend notwendige Infrastrukturmaßnahmen zu setzen, sich in einem hohen Ausmaß kofinanzieren zu lassen und gleichzeitig den Klimaschutz und die

Digitalisierung voranzutreiben. Und was macht die Stadt Graz? Statt prioritär Planungen für innovative einreichfertige Projekte voranzutreiben, werden Straßensanierungen samt Beleuchtungsmaßnahmen eingereicht. Statt mit Bundesmitteln endlich den für die Grazer Wirtschaft und Bevölkerung dringend notwendigen Breitbandausbau zu forcieren, werden die Hände in den Schoß gelegt. Anstatt Verkehrskonzepte auszuarbeiten und einzureichen, die den Förderkriterien des Bundes entsprechen und den Großraum Graz einschließen, wird an einer U-Bahn innerhalb der Stadtgrenzen geplant, die bis zu zehn Mal teurer ist als der Ausbau des Straßenbahnnetzes. Herr Finanzstadtrat, lieber Günter, deine Behauptung, dass der Bund den Städten im Bereich ÖV nur den U-Bahn-Ausbau finanzieren würde, ist schlichtweg falsch und ich glaube, das weißt du auch selbst (*allgem. Appl.*). Richtig ist vielmehr, dass die Stadt bei der Erarbeitung und Einreichung zukunftsfähiger Verkehrskonzepte schlicht säumig ist. Was wir im Budget ebenfalls vermissen, sind noch deutlich strengere Anstrengungen beim sozialen Wohnbau, bei der Chancengerechtigkeit im Bildungssystem und bei Beschäftigungsmaßnahmen. Die Grazerinnen und Grazer werden noch lange Zeit mit den Folgen der Corona-Krise zu kämpfen haben. Zu befürchten ist, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen steigen wird und dass immer weniger Menschen es schaffen werden, mit ihrem Einkommen auszukommen und sich eine Wohnung am freien Markt zu leisten. Wir sehen auch, dass die Kluft, die sich jetzt schon bei Bildungschancen von Kindern auftut, sich durch das Home-Schooling noch vergrößern wird. Das alles fordert unsere Stadt, auch in wirtschaftlich so schwierigen Zeiten. Aus unserer Sicht wäre es absolut notwendig, budgetäre Vorsorge in den genannten Bereichen zu treffen, u.a. um mehr Gemeindewohnungen zu bauen als bisher geplant und Gratis-Nachhilfeangebote für Kinder, die diese benötigen, anbieten zu können und um die Beschäftigungsprojekte für den zweiten und dritten Arbeitsmarkt auszuweiten. Zum Abschluss noch eine Kritik am Budget in Sachen Transparenz, die nicht neu ist. Wir haben sie schon bei den letzten Jahresbudgets vorgebracht und tun es auch heuer wieder: Dem Gemeinderat wird ein Budget vorgelegt, mit dessen Beschlussfassung wir auch den Wirtschaftsplänen unserer Beteiligungen zustimmen sollen, jenen Beteiligungen, deren

Wirtschaftspläne wir aber nicht zu Gesicht bekommen. Diese Blankovollmacht werden wir natürlich nicht erteilen, die Vorgangsweise widerspricht allen Transparenzgrundsätzen.

Wir Grüne werden dem Nachtragsvoranschlag 2020 und dem Budget 2021 nicht zustimmen. Das, was Sie uns hier vorlegen, sehr geehrte Damen und Herren von Schwarz und Blau, ist nicht genug. Graz hat sich mehr Innovationskraft verdient, Graz hat sich mehr Klimaschutz verdient, Graz hat sich einen mutigen und wirksamen Beginn der Verkehrswende verdient. Kurzum, mehr Weitblick und Engagement bei der Bewältigung der Folgen der Corona-Krise und mehr Weitblick und Engagement in der Bekämpfung der sehr deutlichen Auswirkungen der Klimakrise (*Appl.*).

Abschließend möchte ich mich ganz besonders bei unserem Finanzdirektor Karl Kamper für die jahrelange sehr gute Zusammenarbeit bedanken. Ich befürchte ja, dass es sein letztes Budget ist, das er maßgeblich für die Stadt Graz verantwortet. Vielen Dank, und weiters bedanke ich mich auch im Namen unserer Stadträtin und unseres Gemeinderatsklubs bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Graz und besonders bei jenen, die an diesem Budget mit viel Engagement mitgewirkt haben. Dankeschön (*allgem. Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (11.53 Uhr).

GR Ehmman (SPÖ) 11.54 – 12.13 Uhr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, werte Stadtregierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer im Live-Stream.

Ich beginne meine Budgetrede mit dem gleichen Satz wie bei meiner letzten Budgetrede und das ist auch heute schon gefallen: Das Budget ist die in Zahlen

gegossene Politik. Dieser Satz darf bei keiner Budgetrede fehlen, aber für Schwarz-Blau in Graz gilt sowohl für mich als für meine Fraktion nach wie vor der Zusatz: Leider. Da hat sich nichts geändert. Das vorliegende Budget spiegelt nämlich schon die schwarz-blaue Beliebigkeit wider: Große Worte, fette Schlagzeilen, teure Luftschlösser und Seifenblasen, die dort und da immer wieder am Platzen sind. Ein paar Beispiele gefällig: Erinnern wir uns zurück. Die Olympiabewerbungen; an die 700.000 Euro kostete der Traum von Schwarz-Blau, um in internationalen Zeitungen zu landen. Aber dass es seit Jahrzehnten keinen einzigen Austragungsort gegeben hat, der schwarze Zahlen schrieb, im Gegenteil, überall hinterließ der olympische Traum eher einen finanziellen Alptraum für die Staaten, das war egal. Der olympische Gedanke „Dabeisein ist alles“ wurde einfach ergänzt um „Koste es, was es wolle“. Die Grazer Bevölkerung hatte aber das Glück, dass das Österreichische Olympische Komitee rechtzeitig die Notbremse zog. Was folgte, wissen wir auch: die Vision der Plabutsch-Gondel. Wieder wollten der Bürgermeister und sein Stellvertreter hoch hinaus und fielen tief. 50 Millionen Untergrenze, Klimakrise und Covid19, aber letztendlich auch der Druck seitens der Opposition sorgten letztlich dafür, dass uns, glücklicherweise, auch dieses Abenteuer erspart blieb. Dann: die Mur-Seilbahn, die nächste Herzensangelegenheit des Bürgermeisters, für die viel Planungszeit und Planungsgeld vergeudet wurde. Letztendlich, erstaunlicherweise, zogen viele Jahre ins Land, ehe man doch zur Erkenntnis kam: Leider nein, Seilbahnstützen passen nicht zur Altstadt. Dass diese Botschaft nur wenige Tage vor Veröffentlichung einer Studie eines europaweit bekannten Verkehrsexperten verkündet wurde, der dieser Nagl-Eustacchio-Mur-Seilbahn im Vergleich zum Straßenbahnausbau ein fast vernichtendes Urteil gab, das war bestimmt Zufall. Aber, Überraschung, aus des Bürgermeisters Mottenkiste kam flugs eine neue alte Vision heraus, nämlich die Idee der seinerzeitigen Mini-Metro, die dann in eine U-Bahn umgelegt wurde. Das klingt natürlich größer, das klingt moderner, das klingt alles visionärer. Sie fragen sich jetzt, was das mit dem Budget zu tun hat? Das sind nur die Spitzen vieler, vieler Eisberge letztendlich, die das Schiff Graz durchaus in Finanznot gebracht haben.

Lieber Herr Vizebürgermeister, lieber Mario, der Langmut, den du in dieser Koalition beweist, der erstaunt mich und meine Fraktion immer wieder. Du kannst dich sicher noch erinnern, wie du im Jahr 2014 letztendlich das Arbeitsübereinkommen mit der ÖVP und uns seinerzeit aufgekündigt hast, weil 1,4 Mio. Euro für den Thalersee aus deiner Sicht zu viel waren. Weil es deiner Meinung nach Wichtigeres gegeben hätte. Ich kann dir hier nur zustimmen, etwa großzügige Investitionen im Verkehr und natürlich mehr. Inzwischen ist der Deal aber längst vollzogen, mehr noch, zusätzlich sind auch rund vier Millionen für die neue Gastronomie am Thalersee beschlossene Sache. Jetzt bist du in keinem Arbeitsübereinkommen, du bist sogar in einer Koalition. Und ich denke mir, vielleicht hat die Schweizer Autorin Brigitte Fuchs an manche VertreterInnen aus der Politik gedacht, als sie den Satz prägte: „Hohle Worte machen noch mehr Lärm.“ Denn von der FPÖ hat es immer geheißen, man akzeptiert keine weitere Steigerung der Schulden. Nicht mit uns, lautete der Kampfruf. Was jetzt? Zum Rechnungsabschluss 2017 beispielsweise war von einem Schuldenstand in der Höhe von 1.156 Mio. Euro die Rede gewesen. Laut letztem Finanzausschuss, der erst stattfand, sind wir aktuell bei 1.421 Mio. Euro, Tendenz steigend. Und das hat noch relativ verhältnismäßig wenig mit Corona zu tun. Ende Februar, in der Vor-Corona-Zeit, waren es schon 1.353 Mio. Euro gewesen. Und Ende 2024, so die Hochrechnung der Finanzabteilung, aufgrund der mittelfristigen Budgetplanung wird der Schuldenstand auf 1.645 Mio. Euro geklettert sein. Dabei ist das noch gar nicht alles, das ist nämlich alles noch ohne Corona. Corona wird sich mit Jahresende bei den Schulden mit zusätzlich rund 100 Mio. Euro zu Buche schlagen und dass sich die Lage mit nächstem Jahr oder Jänner normalisiert, wird wohl doch niemand glauben. Also für mich bleibt über, wer bei solchen Zahlen überschäumend von einem guten Budgetpfad, von einem sicheren finanziellen Weg spricht, der irrt oder will vielleicht den Irrweg nicht erkennen. Ich weiß schon, es wurde heute angesprochen, es gibt gute und es gibt schlechte Schulden. Ja, mit den guten Schulden schafft man Werte, die anderen stehen eher für das Verjuxen, Verschleudern, Verplempern. Unterm Strich bleibt aber immer das Gleiche über. Irgendwann muss irgendwer die Rechnung begleichen. Nur zur Verdeutlichung: Da gibt es eine relativ simple Rechnung. Wenn man den Cash-Flow

nimmt, z.B. von zehn Millionen Euro jährlich, dann würden wir rund 140 Jahre brauchen, damit beim jetzigen Schuldenstand Graz schuldenfrei ist. Aber, zehn Millionen, mehr oder weniger als Gewinn, das weiß man, das gibt es eher in der Theorie. Wahr ist: Die Verschuldung ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen, sie wird auch weiter steigen, lieber Günter Riegler, als verantwortlicher Finanzstadtrat. Mit dem Schuldenrucksack, den du gemeinsam mit ÖVP und FPÖ schnürst, läufst du doch Gefahr, dass du kommenden Generationen auch noch in 100 Jahren auf der Tasche liegen wirst. Gut so. Grundsätzlich, wenn man es positiv sieht, als positiven Ansatz könnte man sagen, du wirst auch in 100 Jahren oder man wird sich noch in 100 Jahren an dich erinnern. Bei der demografischen Entwicklung sind wir glücklich, dass wir alle so alt werden, das wird sich vielleicht nicht ausgehen, aber unsere Kinder und Kindeskindern werden sich vielleicht an diese Situation erinnern. Ja ich weiß: Corona, selbstverständlich hat die Pandemie zu einer Ausnahmesituation geführt, ganz klar. Doch ihr seid leider nicht einmal bereit gewesen, hier in dieser Ausnahmesituation ausgetretene Pfade zu verlassen. Was meine ich damit? Lieber Günter, du hast auch in den vergangenen Jahren bei einigen Bereichen, nennen wir es so, für Verwunderung gesorgt. Und das nicht nur, weil dein Vorgänger nicht so einen lockeren Umgang mit Zahlen und Projekten hatte. Ich weiß nicht, ob Gerhard Rüscher überhaupt nicht schon im Vorfeld mit einem deutlichen Weckruf den olympischen Zug beispielsweise schon gestoppt hätte, bevor er überhaupt angerollt wäre. Ich denke da auch an fehlende Transparenz zum Teil und zum Teil extreme Kostenüberschreitungen bei städtischen Projekten, wie ich es immer wieder im Kontrollausschuss als Vorsitzender erleben muss und zu behandeln habe. Sehr verwundert war ich auch, dass du zur damaligen Zeit nicht bereit warst, als ehemaliger Stadtrechnungshofdirektor dich doch vor den Stadtrechnungshof zu stellen, als dieser mehr oder weniger offen angegriffen wurde. Ich denke nur an das Stichwort Mehraufwand beim Augarten z.B. Natürlich hat diese Pandemie zu einer Ausnahmesituation geführt, aber in solchen Situationen ist doch nicht die Zeit, kleinkariertes politisches Kleingeld zu wechseln. Da gilt es, über alle Parteigrenzen hinweg einen Schulterschluss zu machen. Und dieser Schulterschluss wäre möglich gewesen, wir haben hier einen Antrag eingebracht. Ich erinnere euch,

wo wir gemeinsam zu hinterfragen haben, was gut und richtig ist, was notwendig ist, um unsere Stadt so gut wie möglich durch die Krise der Pandemie zu bringen, gemeinsam Prioritäten zu setzen, was es braucht. Aber am Ende eines solchen Prozesses liegt auch ein Gesamtpaket, das gemeinsam zu schultern. Es war nicht möglich, es wurde leider von euch konsequent abgelehnt. Ihr seid den Weg gegangen, ja rudern dürfen alle, aber außerhalb des Ruderraumes hat außer euch niemand etwas zu suchen. Wohin uns diese Art der Politik geführt hat, das sehen wir beispielhaft auch Tag für Tag auf unseren Straßen. Stau, Chaos, Verärgerung, weil in dieser Stadt auch im Verkehrsbereich einiges im Argen liegt. Das mag jetzt auch durchaus daran liegen, dass jetzt zumindest, gewinnt man manchmal den Eindruck, für die ehemalige Wohnungsstadträtin das Thema Verkehr noch ein bisschen ein schwieriges, ist und damit möglichst wenig weitergeht, wird dann noch das Verkehrsressort beim Budget durch Schwarz-Blau beschnitten. Ausgearbeitete Projekte werden durch Mehrheitsentscheidungen abgewürgt und ein Paralleluniversum aufgelegt und aufgebaut, Stichwort Holding und MUM. Im Umweltbereich, der heutige Beschluss, Tagesordnungspunkt 21, zeigt es deutlich: der Umweltreferentin geht es ähnlich wie der Verkehrsreferentin. Worauf will ich hinaus? Ihr seid meiner Meinung nach ja auf einem Weg, alles andere als Teamplayer zu sein. Hier geht es doch um Graz und ihr verweigert ein Stück weit aus meiner Perspektive dieses Miteinander. Im schwarz-blauen Denken hat man auch oft den Eindruck, dass es rein um die Innenstadt ginge, die natürlich eine Visitenkarte der Stadt ist. Das ist für uns gar keine Frage. Aber oftmals hat man das Gefühl, hier reicht das Denken gerade von der Sackstraße über den Hauptplatz bis zur Herrengasse und Jakominiplatz (*Appl.*). Graz hat aber 17 Stadtbezirke und, bei aller Wertschätzung für die City, dort wohnen knapp 3.700 Menschen, die selbstverständlich Aufmerksamkeit und Unterstützung verdienen und natürlich ist der Innenstadtmotor ein gewichtiger Tourismus- und Wirtschaftsmotor. Aber die mehr als 290.000 RestgrazerInnen haben es ebenso verdient, hier bedacht zu werden und auch dort gibt es Betriebe, Nahversorger, die Wirte ums Eck, es wurde heute schon angesprochen, usw. Diese Stadtkoalition hat ein Corona-Paket zur Wirtschaftsankurbelung geschnürt, zugeschnitten allerdings aus unserer Sicht sehr auf

die Innenstadt. Den Gastrogutschein, der heute schon angesprochen wurde und verächtlich als Schnitzelgutschein bedacht wurde, den habt ja ihr abgelehnt. Aber so abgelehnt, dass ihr über euren Cityschwerpunkt ohnedies die Innenstadtgastronomie unterstützen würdet. Was, so frage ich euch, ist mit den Cafés, den Gasthäusern, den Restaurants von Liebenau bis Gösting, von Straßgang bis Andritz, von Mariatrost bis nach Eggenberg? Wie kommt es, dass alle Fraktionen beispielsweise im Verkehrsbereich sich eine autofreie City vorstellen können? Keine Frage, das ist natürlich wichtig, aber ich würde mir wünschen, wenn mit der gleichen Intensität darüber nachgedacht wird, wie man den Menschen und den Wohnvierteln in den Bezirken helfen kann, die tägliche Verkehrslawine ersparen könnte. Da braucht es doch ein Gesamtkonzept (*Appl.*). Ich möchte nur ein Beispiel voranstellen: Es wurde vor wenigen Tagen der ÖBB-Rahmenplan, der von Ministerin Gewessler vorgestellt wurde, den habe ich mir angesehen, und auf den geplanten und versprochenen Nahverkehrsknoten beispielsweise in Gösting wurde offensichtlich vergessen. Er ist bis zum Jahr 2026 gar nicht enthalten. Und Gleiches gilt, warum ist die so wichtige Flughafen-anbindung der Koralmbahn vergessen? Wer trägt hier in der Stadt die Verantwortung dafür? Hier müsste es doch eine Intervention auf Bundesebene geben? Ich nehme an, die Ministerin Gewessler hat das nicht absichtlich ausgelassen. Warum investiert man in dieser Koalition so viel Zeit und Ressourcen in Seifenblasen? Warum beschäftigt man sich nicht mit dem extremen Verbauen der Grünflächen, der notwendigen? Warum wird mit Anlegerwohnungen zubetoniert, alte bezirksgewachsene Strukturen durch die Abrissbirne zerstört und mit unansehnlichen Betonbunkern zugestampft. Ja, das ist ja nicht nur Raubbau am Stadtbild, das ist nicht nur eine Verschlechterung der Wohn- und Lebensqualität der Grazerinnen und Grazer, denen das letzte Grün noch vor der Nase verbaut wird. Wohnversorgung dient zum Wohnen und nicht für Spekulation, so muss das Motto heißen und hier gibt es und hier muss es einfach ganz klar Richtlinien geben. Hier müssen wir Änderungen vornehmen. Als Kommune müssen wir hier vorgehen, wir müssen da sein für die vielen und nicht für die Wenigen. Apropos Zukunft, ein Wort auch zum Bildungsbereich. Die Imagepflege ist der Politik sehr wichtig, keine Frage. Aber vor lauter Hang zur Selbstdarstellung sollte man nie darauf

vergessen, dass Politik nie Selbstzweck sein darf und denke mir hier, dass gute Projekte, die es in dieser Stadt zweifelsohne gibt, auch evaluiert gehören und dann letztendlich für die gesamte Stadt ausgerollt werden. Aber das hat man oft den Eindruck, da zählt doch die schnelle Schlagzeile. Aber, da dürfen wir natürlicher dieser Koalition auf jeden Fall zugutehalten, die Propagandamaschinerie läuft wie geschmiert, was Message-Control betrifft, da steht das schwarz-blaue Haus Graz den türkisen Lehrmeistern wenig nach. Aber ich muss sagen, auch ein wichtiger Bereich der Sozial- und Gesundheitsbereich, den wir hier genauer anzusehen haben. Es ist richtig, dass es eine Erhöhung des Budgets in diesen Bereichen gibt. Aber durch die Vorgaben des Bundes, vor allem im neuen Sozialhilfegrundgesetz, müssen die Mittel nicht nur vom Land, sondern auch von der Stadt erhöht werden, um den Betroffenen den teilweise drohenden Verlust der Leistungen auszugleichen. Mein Ansatz von Sozialpolitik, dass wir gerade in dieser Corona-Krise die Mittel für Arbeit und Beschäftigung sowie die Unterstützungsmittel für Menschen mit psychischen Belastungen, die gerade im Lockdown massiv betroffen sind, massiv erhöhen müssen. Auch die Sozialeinrichtungen brauchen in Krisenzeiten eine gute Planbarkeit. Ich sage, Stichwort, mehrjährige Verträge. Ich denke mir, und da kann man jetzt deutlich sagen, mit den Auswirkungen der Corona-Krise drohen uns nicht nur gesundheitspolitische Probleme, sondern vielmehr noch ein sozialpolitischer Supergau am Ende des Tages. Und, Kollege Frölich, dir und deiner ÖVP möchte ich nur sagen, euer Budget und eure damit verbundene Politik spiegelt doch eine „Mir san mir“-Mentalität wider. Dazu zitiere ich aus der Sonderreihe des Duden aus dem Jahre 1969 zum Stichwort „Mir san mir“, was das heißt. Es wird definiert als Ausdruck einer in Österreich häufigen Gesinnung der ignoranten Abkapselung. Wie unschwer zu erraten sein dürfte, gibt es für diesen Budgetentwurf von der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion daher keine Zustimmung. Er ist das Ebenbild eurer Politik. Viele Ankündigungen, wenig Transparenz, teilweise undurchsichtig. Und genau in so einer Zeit möchte ich aber auch die Gelegenheit nutzen, mich umso mehr bei diesen schwierigen Erstellungen und diesen schwierigen Vorgaben von euch die Finanzabteilung mit Finanzdirektor Karl Kamper an der Spitze und ganz besonders Budgetreferent Michael Kicker für diese sehr

gute Arbeit zu danken. Unter diesen Voraussetzungen dieses Zahlenwerk uns hier zu erarbeiten und uns heute vorzulegen, gleicht ja, speziell auch angesichts fehlender Zielvorgaben wie auch mehr eingeschränkten Sparwillens seitens der Koalition, fast schon einem Wunder. Meinen Dank möchte ich auch an Direktor Windhaber mit seinem Team aussprechen im Kontrollausschuss, wo ich den Vorsitz führen darf und wo es hier immer wieder sehr budgetrelevante Fragen zu klären gibt und da möchte ich mich beim gesamten Team und bei ihm natürlich auch bedanken. Es ist nicht immer ein dankbarer Job, den er da mit seinem Team sehr gut durchführt (*allgem. Appl.*). Ich möchte aber natürlich auch die Gelegenheit nutzen, um mich im Namen der SPÖ Graz natürlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Haus Graz, im Magistrat Graz, in den gesamten Beteiligungen und natürlich auch, unabhängig in welcher Position sie da tätig sind, mich zu bedanken. Ihr macht alle einen hervorragenden Job, aber letztendlich die Politik macht es nicht immer leicht, diesen Job entsprechend motiviert wahrscheinlich auszuführen. Wie gesagt, uns bleibt nur über, dieses Budget können wir leider nur ablehnen. Wir wären sehr gerne bereit gewesen, hier viel mehr noch konstruktive Vorschläge einzubringen, die aber im Vorfeld aber abgelehnt wurden in vielen Antragsreihen. Daher bleibt uns auch gar nichts über, als hier nein zu sagen. Danke (*allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Reininghaus (Neos) 12.13 – 12.18 Uhr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und liebe Zuschauer zu Hause am Live-Stream. Dieses Budget 2021 steht, wie könnte es auch anders sein, natürlich unter dem Zeichen der Covid19-Pandemie. Es ist aber auch ein der Corona-Krise geschuldetes Budget, das heute vom Gemeinderat beschlossen werden soll, und dieser Beschluss wird den Schuldenstand der Stadt Graz bis Ende 2022 auf knappe zwei Milliarden Euro anwachsen lassen. Es ist daher ein Budget mit einem riesigen Schuldenrucksack für kommende Generationen

und daher keinesfalls als enkelfit zu bezeichnen. Zudem ist es auch ein Budget, das eine seriöse Finanzplanung für das kommende Jahr schwer möglich macht, weil wir ja derzeit die Auswirkungen auf Wirtschafts- und Arbeitsmarkt nicht einmal annähernd kennen. Besonders die Klein- und Mittelbetriebe, die Grundpfeiler unserer Wirtschaft also, sind schwer angeschlagen und deren Umsatzrückgänge finden sich durch eine Reduzierung der Einkommensanteile und Kommunalsteuern in den Büchern der Stadt wieder. Ich möchte an dieser Stelle hervorheben, dass gerade die Klein- und Mittelbetriebe 99,8 % aller steirischen Handelsbetriebe ausmachen und dass diese KMU nicht weniger als 80.000 MitarbeiterInnen in unserem Land beschäftigen. Ich möchte mir gar nicht vorstellen, welche Folgewirkungen uns erwarten, wenn 30 % der KMU den zweiten Lockdown auch in einer Form light nicht mehr überleben können. Wie wurde im Budgetvoranschlag die künftige Entwicklung eingestuft? Wie die künftige Arbeitsmarktentwicklung? Laut AMS-Statistik zum Stichtag 31. Oktober, also noch vor dem 2. Lockdown, waren bereits knapp 90.200 SteirerInnen entweder arbeitslos gemeldet oder befanden sich in Kurzarbeit. Wie viele Jobs sind derzeit in Gefahr? Keiner weiß es. Deshalb ist dieses Budget auch ein so herausforderndes, das ohne Blick in die Glaskugel natürlich viele offene Szenarien in sich birgt, und dennoch wir müssen gemeinsam mutigen Schrittes in die Zukunft blicken. Das Budget, das heute beschlossen werden soll, ist allerdings kein mutiges Budget. Die Stadtregierung hätte die Möglichkeit gehabt, mit dem Budgetvoranschlag Mut zu beweisen und die dringendsten Investitionen, nämlich jene im Bildungsbereich, endlich anzugehen. Bildung ist der Garant für Forschungs- und Wirtschaftswachstum, schützt vor Armut und Arbeitslosigkeit und bildet die Basis für langfristigen Wohlstand in einer Gesellschaft. Obwohl der Gemeinderat heute auch über die budgetäre Vorsorge zu den Bauvorhaben im Pflichtschulbereich, Bildungscampus Puntigam, Neue Mittelschule Andritz, Volksschule Graz-Viktor Kaplan etc., 114 Mio. Euro sind dafür reserviert, für den Schulausbau abstimmen wird, hat die Stadt Graz im Budgetvoranschlag auf die Kleinsten unserer Gesellschaft vergessen. Denn gerade bei unseren Kleinsten, den Kindergarten- und Krabbelstubenkindern, ist eine bloße Anpassung der finanziellen Mittel an das Wachstum der Stadt einfach nicht ausreichend. Hier wurde leider die

Chance vertan, endlich mehr zu tun, als sich am europäischen Mindeststandard der Barcelona-Kriterien zu messen. Zur Klärung: Der unterste Richtwert der Barcelona-Kriterien sieht vor, dass mindestens für 33 % der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze zur Verfügung stehen müssen. Unsere Anfrage hat gezeigt, dass wir dieses Barcelona-Mindestziel, eingerechnet alle Tagesmütter in Graz, mit 33,8 % nur minimalst überschreiten. Ich vermisse also im Budget die dringend notwendigen Investitionen zur Verbesserung in diesem Feld. Ein Vergleich mit der Bundeshauptstadt Wien zeigt zum Beispiel, welches Verbesserungspotential Graz im Bereich der Kinderkrippen aufweist. In Wien nämlich können zumindest 45 % der Kinder unter drei Jahren bei ungleich höheren Bevölkerungszahlen in Kindergruppen untergebracht werden. Graz muss hier unbedingt nachbessern. Deshalb und wegen des überdimensionalen Schuldenbergs für unsere Enkelkinder gibt es auch von mir und von den Neos keine Zustimmung für den Voranschlag 2021. Dankeschön. Ich habe mich kurz gehalten (*allgem. Appl.*).

Bgm. Mag. Nagl:

Herr Klubobmann Eber hat sich zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet.

GR Eber:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe ja vorhin einen Abänderungsantrag zum Budget eingebracht mit dem Inhalt, die Klub- und Parteienförderung um 10 % zu kürzen und entsprechend den Graz-Hilfsfonds um die entsprechende Summe aufzustocken. Geschäftsordnungsmäßig, haben wir jetzt uns überzeugt, ist das möglich, allerdings die Daniela Gmeinbauer hat sich vorher ja auch zu Wort gemeldet, gibt es natürlich eine Parteienübereinkunft sozusagen, wo wir wünschen, dass die Anträge zeitgerecht den anderen Klubs jeweils übermittelt werden. Wir haben aus unterschiedlichen Gründen diese Frist übersehen. Ist also unsere Schuld

und von da her, auch wenn es geschäftsordnungsmäßig möglich wäre, ziehe ich hiermit diesen Abänderungstrag zurück. Danke (*Appl.*).

Bgm. Mag. Nagl:

Dann darf ich nun den Herrn Finanzreferenten bitten, auch die Gesamtziffern der beiden Budgets noch einmal vorzutragen, bevor wir zur Abstimmung kommen.

StR Dr. Riegler:

Bevor ich das tue, darf ich vielleicht noch ein paar Anmerkungen zu den Debattenbeiträgen machen, die ja grundsätzlich durchaus auch, ich vermisste den etwas ausführlicheren Disput im heurigen Jahr, aber das ist eben den Umständen geschuldet. Ein paar Anmerkungen muss ich aber schon machen. Also, wenn die Frau Kollegin Pavlovec-Meixner Andrea, die ich sehr schätze, jetzt von Missbrauch der Budgetrede für andere Themen gesprochen hat, und zwar in Anspielung auf den Klubobmann Sippel, möchte ich dir, liebe Andrea, schon sagen, dass du genau Selbiges getan hast, denn du hast im Grunde genommen eigentlich nicht über das Budget geredet, sondern über angebliche Versäumnisse der Grünpolitik. Du hast ein Bild gezeichnet, das so eigentlich überhaupt nicht wiedererkennbar ist und offensichtlich auch den Text einfach verlesen, den du vorbereitet hast, ohne auch nur irgendwie darauf einzugehen, was wir hier dargestellt haben. Wenn du von einem Grünraumdefizit sprichst oder wenn du bemängelst, dass der Styria-Park irgendwann umgebaut wird, du weißt ganz genau, dass der Styria-Park eben in privaten Händen ist und nur bis zur Bauumwidmung oder bis zum Baubeginn eben der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt war. Also uns dafür die Schuld zu geben, weise ich zurück. Du siehst alles Mögliche negativ, aber, und bei diesem Aber kommt dann eigentlich nichts wirklich Schlüssiges. Wir haben eben sehr wohl nachgewiesen, dass wir soziale klimaschonende nachhaltige Investitionen durchgeführt haben. Du vermisst Investitionen im Arbeitsmarkt. Ich habe aber gerade vorhin erklärt, dass wir eigentlich

vier Millionen Euro zusätzlich im Personalbudget für Mitarbeiter haben. Also irgendwie passt das einfach nicht zusammen. Was das späte Abholen der kommunalen Investitionshilfen betrifft, habe ich gestern schon im Finanzausschuss erklärt, dass es aufgrund der derzeitigen Niedrigzinslage so ist, dass man durchaus den richtigen Zeitpunkt finden muss, wann man dann tatsächlich die Förderungsansuchen einreicht. Aber das hast du offensichtlich jetzt nicht unbedingt erwähnen wollen. Also insgesamt, schade, dass ihr von der grünen Bewegung da nicht mitmacht, denn wir hätten gedacht, dass wir gerade mit dieser relativ transparenten Aufbereitung dessen, was wir alles an Klimainvestitionen, Umwelt- und ÖV-Investitionen tätigen, dass ihr da eigentlich nur glattweg sagen müsst, super, da machen wir mit. Schade darum. Beim Michael Ehmann tut es mir auch leid. Ich habe dich bisher eigentlich eher als seriösen Diskussionspartner empfunden. Dass du eigentlich deine gesamte Budgetrede dafür nutzt, einfach über Projekte, die dann aus irgendwelchen Gründen nicht stattgefunden haben, vom Leder zu ziehen, ja, wenn das deine Art von zukunftsorientierter politischer Arbeit ist, bitteschön (*allgem. Appl.*). Es sei dir vergönnt. Wenn du uns Vorhaltungen machst hinsichtlich der Fremdfinanzierung der Schuldenpolitik, dann möchte ich dich bitten, dann demnächst auch deinen Parteikollegen Landeshauptmann-Stellvertreter Lang anzurufen, der hat ja ein Landesbudget mit 500 Millionen minus im heurigen Jahr abliefern müssen und der wird dir sicher erklären können, dass es nicht ganz so leicht ist, jetzt einfach zu sagen, ok, jetzt kompensieren mir einmal locker 100 Mio. Euro Ergebnisauswirkung aus dem Corona-Defizit. Wenn ihr jetzt sozusagen da beginnt, mit der Finanzierungsschraube zu wacheln, dann muss ich schon sagen, das sind offensichtlich erste Ansätze einer neoliberalen sozialdemokratischen Kooperation, wie sie ja in Wien momentan gerade fröhlichen Einstand feiert. Also, ich habe da, ehrlich gesagt, dies nicht mehr ganz wiedererkennen können. Aber, wie gesagt, auch schade, wir haben, glaube ich, sehr viel getan in klassischen Bereichen dessen, was eben auch sozialdemokratische Anliegen eigentlich immer sind. Aber ich verstehe schon, ihr könnt einfach nicht zustimmen, weil das würde jetzt irgendwie nicht passen.

Abschließend darf ich sagen, wir haben uns, glaube ich, sehr bemüht, wir haben das gezeigt, es ist tatsächlich ein ansehnliches Budget herausgekommen und ich komme jetzt zu den Beschlussanträgen. Zur Debatte steht der Nachtragsvoranschlag 2020, aufbauen tut er auf dem Voranschlag vom letzten Jahr, vom Voranschlag 2020, mit Änderungen, die hier erläutert sind. Damit wir für das Protokoll vom richtigen Voranschlag reden, der Nachtragsvoranschlag hat im Ergebnishaushalt eine Summe der Erträge von 1.054.67.100 Euro, Aufwendungen von 1.131.441.600 Euro und weist ein negatives Nettoergebnis von 77.374.500 Euro aus. Mit diesem Beschluss, über den wir jetzt gleich abstimmen werden, sind auch alle Nebenbeschlüsse, alle Wirtschaftspläne, alle Stimmrechtsermächtigungen für die Wirtschaftspläne der Tochtergesellschaften, also insbesondere Holding Graz, Messe usw. genehmigt und sind auch die Sparbuchbehebungen aus dem Jahr 2019 damit ermöglicht. Ich bitte zunächst um Annahme dieses Nachtragsvoranschlages 2020 (*allgem. Appl.*).